



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

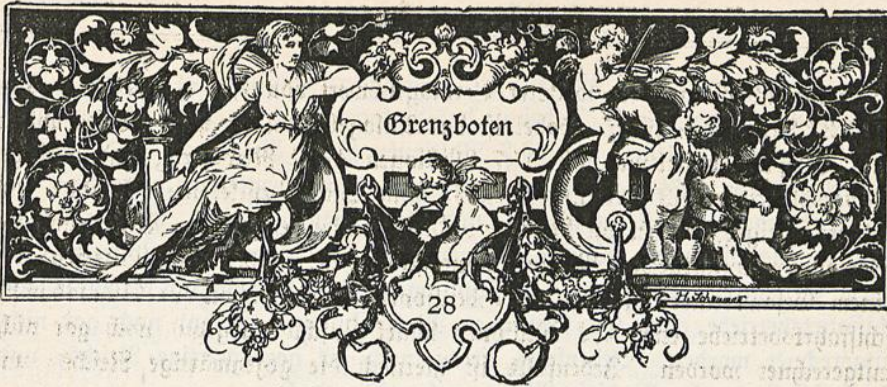
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Statisches zur Finanzlage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Statistisches zur Finanzlage



Bei einer Prüfung der Schuldenlast und Schuldenpolitik von Reich und Staat in Deutschland wird man den gegenwärtigen Zustand und die vorhandenen Entwicklungstendenzen unterscheiden müssen.

Der gegenwärtige Zustand

Von einer Überschuldung des Deutschen Reichs und seiner Einzelstaaten in dem Sinne, daß durch die gegenwärtige Höhe der Reichs- und Staatsschulden von etwa 19 Milliarden Mark eine Gefahr für die Erfüllung der hieraus folgenden Schuldverpflichtungen gegenüber den Gläubigern oder eine unerträgliche Belastung der Steuerzahler hervorgerufen werde, kann nicht die Rede sein. Auch die bei der jetzigen Finanzgebarung in den nächsten Jahren mit Sicherheit bevorstehende Vermehrung unsrer Verschuldung um 1 bis 3 Milliarden Mark kann zu Bedenken in dieser Richtung keinen Anlaß geben.

1. Zunächst stehn diesen Passiven des Reichs und der Einzelstaaten als Aktiva Eigentumswerte an produktiven Reichs- und Staatsanlagen gegenüber, die einen nicht unwesentlich höhern Wert als jene Schuldsomme repräsentieren.

Nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reichs stellte sich allein das Anlagekapital der Reichs- und Staatsseisenbahnen 1904 auf 14,6 Milliarden Mark. Der wirkliche (Verkaufs-) Wert dürfte, schon infolge der gestiegenen Bodenpreise usw., bedeutend höher zu veranschlagen sein. Finanzminister Freiherr von Rheinbaben hat gelegentlich den wirklichen Wert der preussisch-hessischen Bahnen allein auf etwa 19 Milliarden, also in Höhe der gegenwärtigen Reichs- und Staatsschuld zusammen angesprochen. Zu dem Werte des Eisenbahnbesitzes kommt der gesamte Domänenbesitz von 723 326 Hektar mit 32,2 Millionen Mark Reinertrag, der Forstbesitz von 4 964 981 Hektar mit 113 Millionen Mark Reinertrag (im Jahre 1906), der Bergwerksbesitz mit 21,6 Millionen Mark Reinertrag hinzu. Kapitalisiert man die Reinerträge aus Domänen- und Forstbesitz mit 3 Prozent, aus Bergwerksbesitz mit 4 Prozent,

so ergibt sich hieraus ein weiterer Vermögenswert von $1,07 + 3,76^*) + 0,54 = 5,37$ Milliarden Mark. Dabei ist das Anlagekapital der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung mit 97,7 Millionen Mark Reinertrag und sonstiger Erwerbsbetriebe (als da sind Reichs- und Staatsdruckereien, Reichs- und Staatsanzeiger, Anteil an Reichs- und Staatsbankengewinn, Bernsteinwerke, Porzellanmanufakturen, Münze, Mineralbrunnen, Bäder und Lotterien) mit einem Gesamtertrage von 55,5 Millionen Mark (wovon für Staatsdampfschiffahrtbetriebe etwa 0,2 Millionen Mark Zuschuß abgehn) noch gar nicht mitgerechnet worden. Sedenfalls ist hiernach die gegenwärtige Reichs- und Staatsschuld durch alle diese Aktiva mehr als gedeckt.

Noch etwas günstiger wird das Bild, wenn man den gesamten Reinertrag der genannten Erwerbsanstalten dem gesamten Jahresschuldendienst gegenüberstellt.

Dieser belief sich nach der Reichsfinanzstatistik für das Jahr 1906 für Reich und Einzelstaaten zusammen bei einer fundierten Gesamtschuld von 15,8 Milliarden auf rund

532631000	Mark	Verzinsung
79730000	"	Tilgung
4352000	"	Verwaltungskosten
zusammen	616713000	Mark.

Seitdem kamen hinzu im Jahre 1907: 29 Millionen badische, 60 Millionen hamburgische Anleihe, 18 Millionen vierprozentige bayrische und 22 Millionen vierprozentige bayrische Eisenbahnanleihe, 20 Millionen hessische vierprozentige, im Jahre 1908: 181 Millionen preussische, sodann 200 Millionen Reichsanleihe und 650 Millionen preussische, endlich 30 Millionen vierprozentige württembergische Anleihe, 35 Millionen vierprozentige badische, 22 Millionen bayrische, 38 Millionen vierprozentige bayrische Eisenbahnanleihe, 65 Millionen Hamburger Anleihe, zusammen 1,4 Milliarden weiterer fundierter Schulden. Rechnet man hierfür die Verzinsung mit 4 Prozent, Tilgung mit 0,6 Prozent, Verwaltungskosten mit 0,025 Prozent, so vermehrt sich der Jahresschuldendienst für die fundierte Schuld von 616713 Millionen Mark um weitere 65000000 Mark, also auf 681713000 Mark.

Die schwebende Schuld beläuft sich zurzeit auf etwa 900 Millionen vierprozentige Schaganweisungen und etwa 700 Millionen unverzinslicher Schaganweisungen, für die man gegenwärtig 5 Prozent Diskont ansetzen kann. Der Jahresschuldendienst würde sich also insgesamt auf etwa 753 Millionen Mark stellen.

Demgegenüber beliefen sich schon nach den Stats für 1906, d. i. den neuesten vorliegenden Zahlen (Reichsfinanzstatistik), die Reineinnahmen der Reichs-

*) Rechnet man 2 Prozent des Forstbesizes als Reinertrag, so würde sich der Eigentumswert auf 5,65 Milliarden Mark erhöhen.

und staatlichen Erwerbsunternehmungen auf zusammen 1015139000 Mark,*) sodas der jetzige Zahresschuldendienst von 753000000 Mark schon damals mit rund 262000000 Mark überdeckt gewesen wäre.

Sedenfalls kann danach von einer Überlastung der deutschen Steuerzahler durch die Verzinsung unsrer Reichs- und Staatsschulden zurzeit nicht die Rede sein.

2. Um die Bedeutung der Höhe der Staatsschuld zu würdigen, wird man aber nicht nur die gegenüberstehenden Aktiven, sondern auch die Aufnahmefähigkeit des einheimischen Geldmarkts, die Höhe der einheimischen Sparkapitalien, des Volksvermögens und seines Jahreszuwachses ins Auge zu fassen haben. Auch in dieser Hinsicht kann von einer Gefahr, daß im Inlande nicht genügend Sparkapitalien vorhanden wären, um unsre Reichs- und Staatsschuld aufzunehmen, und daß ein Appell an auswärtige Märkte nötig werden würde, nicht geredet werden. Deutschland ist, als volkwirtschaftliches Ganze betrachtet, sehr wohl in der Lage, eine Gesamtschuld von rund 19 Milliarden bis 20 und einige Milliarden, im Notfalle noch weit mehr, zu tragen.

ber die Höhe unsers Nationalvermögens lassen sich natürlich nur schätzungsweise Zahlen geben. Die bekanntesten Schätzungen sind in folgendem zusammengestellt:

für das Jahr 1886 (offenbar zu hoch)	175	Milliarden	Mark	(Becker, Nieer)
" " " 1896	161	"	"	(Mulhall, England)
" " " 1899	190	"	"	(Leyris)
" " " 1900	200	"	"	(Dix)
	215	"	"	(Nieer)
	120	"	"	(von Foville**)
	150—160	"	"	(Evert)
" " " 1906	225	"	"	(Bernicke in der Deutschen Wirtschaftszeitung)

Der französische Statistiker von Foville geht hauptsächlich von den Ergebnissen der Erbschaftsbesteuerung (in Frankreich) aus. Da bei uns eine Erbschaftssteuer auf Deszendenten nicht besteht, wird hier am besten von den Ergebnissen der Ergnzungsbesteuerung und zwar in Preußen ausgegangen.

Nach der neusten Veranlagung wird das ergnzungssteuerpflichtige Vermögen in Preußen auf rund 90 Milliarden Mark zu veranschlagen sein. Nimmt man an, daß sich etwa 10 Prozent, da ein Deklarationszwang, der sich hauptsächlich bei der Veranlagung des gewerblichen Anlage- und Betriebs-

*) Domänen 32,2, Forsten 113,0, Bergwerke 21,5, Eisenbahnen 695,3, Post- und Telegraphenwesen 98,7, sonstige Betriebe 55,4 Millionen Mark.

**) Offenbar zu niedrige Schätzung. Dieser Schriftsteller schätzte damals auch das französische Volksvermögen mit 160 Milliarden Mark offenbar zu niedrig ein, das Mulhall schon 1896 auf 193 Milliarden Mark schätzte.

kapitals nachteilig bemerklich macht, nicht besteht, der Besteuerung entziehen, so würde sich das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen in Preußen auf rund 100 Milliarden Mark erhöhen.

Nun ist zu beachten, daß Vermögen zwischen 6000 und 20000 Mark dann nicht zur Steuer herangezogen werden, wenn der Besitzer weniger als 900 Mark Jahreseinkommen hat. Bei der vorletzten Veranlagung 1905/07 kamen 306357 solcher Zensiten in Betracht. Rechnet man diesen ein Durchschnittsvermögen von 10000 Mark zu, so sind das weitere 3 Milliarden Mark.

Ferner sind ergänzungssteuerfrei alle Vermögen unter 6000 Mark. Wie läßt sich die Zahl der hier in Betracht kommenden Personen schätzungsweise ermitteln? Nach der Ergänzungssteuerstatistik zeigt sich, daß die niederen Vermögensgruppen immer eine bedeutend höhere Zahl von Zensiten umfassen als die höhern. So sind zum Beispiel in der Gruppe

von 100000 bis 200000 Mark Vermögen	72459 Zensiten
„ 52000 „ 100000 „	146910 „
„ 32000 „ 52000 „	188039 „
„ 20000 „ 32000 „	239922 „
„ 6000 „ 20000 „	980708 „

besteuert. Daraus läßt sich mit Sicherheit schließen, daß die Zahl der Besitzer von Vermögen bis 6000 Mark noch weit größer ist als die solcher von 6000 bis 20000 Mark. Durch das Verfahren der graphischen Darstellung würde man deshalb auf annähernd 2 Millionen Besitzer von Vermögen bis 6000 Mark gelangen. Etwas größer würde die Zahl werden, wenn man von der ländlichen Verschuldungsstatistik in Preußen von 1895 ausgeht. Nach dieser gab es 628876 Grundeigentümer mit Haupterwerb aus Land- und Forstwirtschaft mit 60 und mehr Mark Grundsteuerreinertrag. Von diesen hatten nur 16598 weniger als 6000 Mark Vermögen, während 45500 unverschuldete Besitzer mit 60 bis 90 Mark Grundsteuerreinertrag, also der untersten Stufe angehörend, 12226 Mark durchschnittliches Vermögen und 64519 verschuldete Besitzer immer noch 6884 Mark durchschnittliches Vermögen hatten. Danach kann man annehmen, daß auch von der — natürlich zahlreichern — Klasse von Besitzern mit weniger als 60 Mark Grundsteuerreinertrag einige hunderttausend (zumal da die kleinern Besitzer im allgemeinen meist unverschuldet oder doch seltner verschuldet sind als die höhern Klassen) den zur Ergänzungssteuer herangezogenen Zensiten wegen eines Vermögens von mehr als 6000 Mark beigezählt werden können, sodaß man die Zahl der 6000 und mehr Vermögen habenden ländlichen Besitzer in Preußen auf etwa 900000 bis eine Million veranschlagen kann.

Da die Gesamtzahl der ländlichen selbständigen Erwerbtreibenden für Preußen 3,3 Millionen ausmacht, so würden etwa 2,3 bis 2,4 Millionen mit weniger als 6000 Mark Vermögen oder mit gar keinem Vermögen verbleiben. In den Städten wird die Zahl der kleinern Vermögen geringer sein als auf

dem Lande. In Berücksichtigung alles dessen kommt man bei dieser Schätzungsweise etwa auf $2\frac{1}{2}$ bis 3 Millionen von der Ergänzungssteuer nicht betroffenen Vermögensbesitzer unter 6000 Mark. Je nachdem man die eine oder andere der beiden vorgedachten Schätzungen zugrunde legt, würde man — bei einem durchschnittlichen Vermögen von $\frac{6000}{2} = 3000$ Mark — auf eine weitere Summe von 6, $7\frac{1}{2}$ oder 9 Milliarden Mark kommen. All diese Summen betreffen nur das Privatvermögen in Preußen (aber mit Ausschluß von Möbeln und Hausrat, die nicht ergänzungssteuerpflichtig sind).

Um das Nationalvermögen Preußens zu ermitteln, muß man aber den Überschuß der Aktiven von Staat und Kommunen über deren Passiven hinzurechnen, wofür wir 10 Milliarden Mark setzen wollen, ferner die nicht als Dividenden verteilten Reservefonds der Erwerbsgesellschaften — die ja ebenfalls nicht der Ergänzungssteuer unterliegen —, bei 10 Prozent gerechnet annähernd 900 Millionen Mark, das Vermögen der Kranken-, Invaliditäts- und Unfallversicherungsanstalten und Genossenschaften in Preußen mit etwa einer Milliarde Mark. Dazu kommt schließlich noch das gesamte Vermögen der toten Hand, der Stiftungen, Kirchen usw., ferner das der Konsumvereine usw., das ebenfalls nicht ergänzungssteuerpflichtig ist.

Alles in allem wird eine Schätzung des Vermögens in Preußen von rund 130 Milliarden Mark nicht zu hoch gegriffen sein. Rechnet man diesen Betrag nach dem Bevölkerungsverhältnis (drei Fünftel) auf das Reich um — eine sehr vorsichtige Schätzung —, so würde man auf ein Nationalvermögen von rund 216 Milliarden Mark kommen.

Sedenfalls wird man sich, wenn man unser Volksvermögen gegenwärtig auf etwa 200 Milliarden Mark anspricht, der Übertreibung nicht schuldig machen. Dafür spricht auch, daß man neuerdings allein das im Auslande investierte einheimische Kapital auf etwa 16 Milliarden Effekten und 10 Milliarden Mark Anlagekapital in Unternehmungen (Sartorius von Waltershausen und Denkschriften des Reichsmarineamts von 1898 und 1905) schätzt. Neuhaus in der Deutschen Wirtschaftszeitung 1906, Nr. 1 schätzt dieses Kapital sogar insgesamt auf 40 Milliarden Mark. Aber auch schon ein Betrag von 26 Milliarden, im Auslande angelegt, läßt darauf schließen, daß das Nationalkapital nicht unter 200 Milliarden Mark sein kann.

Bei 19 bis 20 Milliarden Reichs- und Staatsschulden machen diese demnach nur 10 Prozent des Nationalvermögens aus.

Werfen wir demgegenüber einen kurzen Blick auf Frankreich und England. In Frankreich schätzte 1896 Mulhall das Nationalvermögen auf 193 Milliarden, d'Abenel neuerdings in der Revue des deux Mondes auf 190 Milliarden Mark (235 Milliarden Franken).*)

*) Leroy-Beaulieu spricht in seinem Traité des finances von 205 bis 210 Milliarden Franken (1906).

Demgegenüber steht eine Schuld des Staats von rund 24 Milliarden Mark, was ungefähr 12,7 Prozent bedeuten würde. An Staatsaktiven stehen den 24 Milliarden Mark nach Leroy-Beaulieu etwa 3,4 Milliarden Mark gegenüber (1905). Allerdings kommt für Frankreich der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts stattfindende Heimfall der großen Privatbahnen an den Staat in Betracht, der freilich gegenwärtig noch Zukunftsmusik ist.

Englands Nationalvermögen schätzte Mulhall schon 1896 auf 235 Milliarden Mark ein. Im Jahre 1885 schätzte es Foville auf 200, 1893 Brömel auf 212 Milliarden, 1896 dieser auf 236 Milliarden Mark. Nach dieser Entwicklungreihe könnte man es gegenwärtig auf etwa 260 Milliarden Mark schätzen, was aber offenbar zu niedrig ist. Beträgt doch nach neuern Schätzungen allein das im Auslande investierte Kapital Englands etwa 60 Milliarden Mark. Bei auch nur 260 Milliarden Volksvermögen würde die englische Schuld von 15 Milliarden nur 5,8 Prozent des Vermögens betragen. Die der Staatsschuld gegenüberstehenden Aktiven des Staats betragen nach Leroy-Beaulieu dagegen nur etwa 708 Millionen Mark.

Auch wenn man nicht das Nationalvermögen dem Schuldenbetrag, sondern dem alljährlichen Zuwachs an Nationalvermögen der jährlichen Schuldenvermehrung gegenüberstellt, wird sich feststellen lassen, daß die alljährlich an den Markt kommenden Staats- und Reichsanleihen wohl von unsern jährlichen Ersparnissen aufgenommen werden können, wengleich hierbei allerdings gegenwärtig alljährlich ein höherer Prozentsatz als 10 Prozent, nämlich durchschnittlich etwa 12,5 Prozent des Zuwachses an Vermögen durch Reichs- und Staatsschulden in Anspruch genommen wird.

Die Schuld des Reichs und der Einzelstaaten betrug nach The Statesman's Year Book*) im Jahre 1895: 12,3 Milliarden Mark. 1908 beträgt sie genau etwa 18,6 bis 18,8 Milliarden Mark, das bedeutet einen Zuwachs von 6,3 bis 6,5 Milliarden Mark oder für das Jahr von rund $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark.

Wie vermehrt sich demgegenüber unser Nationalwohlstand durchschnittlich von Jahr zu Jahr? Auch hier liegen mehrfache Schätzungen vor. Becker schätzte die Zunahme 1886 auf jährlich 2,5 Milliarden Mark. Schmoller schätzte die Jahreszunahme an Volksvermögen nach Berechnungen für 1898 bis 1900 im Durchschnitt auf $3\frac{1}{2}$ bis 4 Milliarden Mark, nämlich 2 Prozent des Volksvermögens, d. i. eben etwa 4 Milliarden in guten, etwas weniger in schlechtern Wirtschaftsjahren (vgl. Nationalzeitung vom 31. Mai 1903), der Internationale Volkswirt in Nr. 14 vom 6. Januar 1907 auf 4 Milliarden Mark, Heiligenstadt neuerdings auf $3\frac{3}{4}$ Milliarden, andre gar auf 5 Milliarden Mark.

*) Ermittelt auf Grund einer Zusammenrechnung der dort enthaltenen Angaben über die Schulden des Reichs und der einzelnen Bundesstaaten. Die Reichsfinanzstatistik beginnt erst 1901.

Geht man auch hier vom Zuwachs an ergänzungssteuerpflichtigem Vermögen in Preußen aus, so ergibt sich aus den Veranlagungen von

(in Milliarden Mark)		
1895/96	1905/07	1908/10
63,9	82,4	etwa 90,

daß der Zuwachs für das Jahr in Preußen auf etwa 1,8 Milliarden Mark zu veranschlagen ist. Da der erhöhte Betrag zum Teil auf eine bessere Steuerveranlagung zurückzuführen ist, so wird man gut tun, nur etwa 1,7 Milliarde in Ansatz zu bringen. Geht man ferner mit Heiligenstadt davon aus, daß die Einlagen in die Genossenschaftsbanken meist von Vermögen unter 6000 Mark herrühren, und nimmt hier einen Zuwachs von 150 Millionen Mark für das Jahr an, so würde man auf einen Zuwachs von 1,850 Milliarde Mark kommen, der, zu drei Fünfteln aufs Reich umgerechnet, 3,080 Milliarden ergeben würde. Aber auch die Sparkasseneinlagen dürften zum größten Teil der Ergänzungssteuer nicht unterliegen. Diese stiegen von 1900 bis 1904 im Reich von 8,8 auf 11,9 Milliarden Mark, d. i. im Jahre um 775 Millionen Mark. Rechnet man nur 620 Millionen Mark, so würde sich der Jahreszuwachs an Vermögen in Deutschland auf 3,7 Milliarden erhöhen. Dabei ist aber der Zuwachs an den nicht ergänzungssteuerpflichtigen Vermögensteilen (s. S. 56) unberücksichtigt geblieben. Rechnet man diesen hinzu, so wird man auf etwa annähernd 4 Milliarden Mark jährlichen Vermögenszuwachs im Deutschen Reich gelangen. Die 500 Millionen durchschnittlich neu aufgenommenen Reichs- und Staatsanleihen stellen 12,5 Prozent dieser Summe dar, die im Anfang des Jahres 1908 neu aufgenommenen 1,2 Milliarden Reichs- und Staatsschulden machen allerdings nicht weniger als 30 Prozent des Vermögenszuwachses für das Jahr aus.

Daß der Jahreszuwachs an Volksvermögen nicht viel niedriger sein kann, ergibt sich in der Tat schon, wenn man die jährlichen Neuemissionen an Börsenwerten ins Auge faßt.

Auch hierbei kann man aus verschiedenen Quellen schöpfen. Nach den amtlichen statistischen Erhebungen wurden in Deutschland an den Börsen zugelassen in den Jahren 1897/1906 an deutschen Staats-, Industrie- usw. Werten 26857 Millionen Mark und abzüglich 3375 Millionen konvertierten Papieren 23482 Millionen Mark, das sind im Jahre 2,7 Milliarden. Außerdem wurden in derselben Zeit an ausländischen Werten zugelassen 21,9 Milliarden, davon ab 8,2 Milliarden Mark Konvertierungen, also Neuemissionen 13,7 Milliarden. Von dieser Summe wird man aber gut zwei Drittel streichen müssen, da nur ein Teil der Werte in Deutschland placiert ist. Die Summe würde sich also auf 4,5 Milliarden vermindern, d. i. für das Jahr 450 Millionen Mark. Nach dieser Statistik würden also im Jahre 3,15 Milliarden Mark lediglich an Börsenwerten neu vom Lande aufgenommen worden sein. Rechnet

man noch etwa 500 Millionen Mark jährliche Neueinlagen in Sparkassen, 150 Millionen Mark in Genossenschaftsbanken hinzu, so erkennt man die Aufnahmefähigkeit unseres Marktes, der sich allerdings in den letzten Jahren wohl auch etwas übernommen und das angelegte Kapital vielfach nicht aus Spar-, sondern aus Betriebskapitalien entnommen hat, was mit zu der Geldknappheit führte.

Legt man übrigens bei den jährlichen Emissionen nicht die offiziellen Zahlen, sondern die des Deutschen Ökonomen zugrunde, der sich bemüht, die wirklich in Deutschland aufgenommenen Werte festzustellen, so ergeben sich etwas geringere Ziffern. Nach dem Ökonomen wurden emittiert von 1897 bis 1907 an Nominalwerten (deutschen und ausländischen) 22401 Millionen Mark, an Kurswerten 24050 Millionen Mark, was für das Jahr 2,036 Milliarden oder 2,186 Milliarden Mark ergeben würde. Die Emissionen nach Kurswerten betrugen in deutschen Werten nach dem Ökonomen 19677 Millionen Mark, d. i. im Jahre 1,788 Milliarden, an ausländischen 4373 Millionen Mark, d. i. im Jahre 397 Millionen Mark. (Bei den ausländischen Werten ist die Abweichung von dem reichsstatistischen Material hiernach aus dem schon angedeuteten Grunde die größte.)

Evert macht in der „Woche“ vom 23. August 1906 mit Recht darauf aufmerksam, daß in Deutschland noch mehr als in England und Frankreich das „geistige Meliorationskapital“ (wissenschaftliche, technische, gewerbliche Vorbildung) zunehme und damit die Produktivität der verfügbaren Kapitalien gehoben werde. In der Tat zeigt sich in den letzten Jahrzehnten auf den verschiedensten Wirtschaftsgebieten eine weitaus größere Zunahme unsrer Produktivität, die wohl in der erwähnten Erscheinung zum Teil ihre Begründung finden dürfte.

So weisen zum Beispiel die Einfuhr- und Ausfuhrentwicklung, der Seeverkehr, Eisenbahnverkehr, die Roheisen- und Kohलगewinnung folgende Steigerungen in den Ländern England, Frankreich und Deutschland auf:

1. a) Einfuhr (in Millionen Mark)						
Jahr	Deutschland		England		Frankreich	
	Millionen Mark	Steigung in Proz. gegen das Vorjahr	Millionen Mark	Steigung in Proz. gegen das Vorjahr	Millionen Mark	Steigung in Proz. gegen das Vorjahr
1890	4146		7273		3594	
1895	4121	- 0,6	7293	+ 0,3	3013	- 16
1900	5766	+ 40	9382	+ 29	3758	+ 25
1906	8022	+ 39	10665	+ 14	4184	+ 11
b) Ausfuhr						
1890	3327		5384		3040	
1895	3318	- 0,3	4620	- 14	2733	- 10
1900	4611	+ 39	5940	+ 29	3287	+ 20
1906	6359	+ 38	7662	+ 29	4035	+ 23

2. Seeverkehr

a) Angekommene Schiffe (1000 Registertonnen)

Jahr	Deutschland		England		Frankreich	
	1000 Reg.-Tonnen	Steigung in Prozenten	1000 Reg.-Tonnen	Steigung in Prozenten	1000 Reg.-Tonnen	Steigung in Prozenten
1900	14 557		49 223		18 953	
1905	19 113	+ 31	55 624	+ 13	21 887	+ 15

b) Abgegangne Schiffe

1900	14 650		49 301		19 334	
1905	19 212	+ 31	56 417	+ 14	23 227	+ 20

c) Handelsflotte

31. Dez. 1900*)	1942		9280**)		1038	
31. Dez. 1905*)	2469	+ 27	10 713**)	+ 15	1387	+ 34

3. Eisenbahnverwaltung

a) Eisenbahnen

Jahr	Deutschland		England		Frankreich	
	Kilometer	Steigung in Prozenten	Kilometer	Steigung in Prozenten	Kilometer	Steigung in Prozenten
1895	45 479		34 090		36 296	
1904	54 092	+ 19	36 418	+ 7	39 345	+ 8

b) Gesamteinnahme auf 1 Kilometer

Jahr	Mark	Steigung in Prozenten	Mark	Steigung in Prozenten	Mark	Steigung in Prozenten
1895	33 287		50 754		27 654	
1904	41 008	+ 23	61 416	+ 21	30 785	+ 11

4. Roheisen- und Kohlengewinnung (Mill. Tonnen)

Jahr	Deutschland				England				Frankreich			
	Roheisen	Steig. in Proz.	Kohle	Steig. in Proz.	Roheisen	Steig. in Proz.	Kohle	Steig. in Proz.	Roheisen	Steig. in Proz.	Kohle	Steig. in Proz.
1891	4		74		7		160		1,5		20	
1906	12	+ 200	194	+ 62	10	+ 30	255	+ 37	2,5	+ 40	34	+ 41

Deutschland marschiert hiernach, was die Steigerung nach Verhältniszahlen betrifft, fast überall voran. Unsern alljährlichen Sparkapitalien wohnt hiernach, auch an innerer Produktivkraft, eine große Bedeutung inne.

Die vorhandenen Entwicklungstendenzen

Gibt sonach der gegenwärtige Zustand unsrer staatlichen Verschuldung zu Besorgnissen und Bedenken keinen Anlaß, so gestaltet sich die Färbung des

*) In Deutschland 1. Januar 1901 und 1906.

***) Großbritannien und Irland (ohne britische Besitzungen).

Bildes weniger freundlich, wenn wir ihre vorhandenen Entwicklungstendenzen, namentlich im Vergleich mit England und Frankreich und im Hinblick auf die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen, betrachten.

Die englische Schuld zeigt zunächst folgende Veränderungen in Milliarden Mark (1 Pfund Sterling = 20 Mark gerechnet):

1880	15,5 Milliarden Mark	1902	15,3 Milliarden Mark
1890	13,8 " "	1903	16,0! " "
1895	13,2 " "	1904	15,8 " "
1899	12,7! " "	1905	15,9 " "
1900	12,8 " "	1906	15,7 " "
1901	14,1 " "	1907	15,5 " "

England tilgt sehr stark. Seit vielen Jahrzehnten ist dies das Prinzip aller Finanzchefs. Die Tilgung erfolgt auf dreifachem Wege, erstens durch gesetzliche Verwendung aller Überschüsse — und diese sind meist vorhanden —, sogenannter old sinking fund, zweitens durch Verwendung der alljährlich in bestimmtem Betrage für den Schuldendienst ausgeworfnen Summe, soweit sie für Verzinsung usw. nicht Verwendung findet, sogenannter new sinking fund, drittens durch Annuitäten. Die Erfolge dieser Schuldenpolitik gehen aus der vorstehenden Zahlenreihe deutlich hervor. Vor dem Transvaalkriege tilgte England (von 1878 bis 1890) jährlich Summen, die zwischen 100 und 140 Millionen Mark schwankten, von da bis zur Gegenwart zwischen 120 und 160 Millionen Mark (nur in den Jahren 1886, 1901 und 1902 waren die Beträge niedriger). In den letzten Jahren waren die Summen zum Teil noch höher (im Jahre 1907 etwa 360 Millionen Mark, für 1908/09 wird der voraussichtliche Tilgungsbetrag auf 300 Millionen Mark veranschlagt). Seit dem Kriege sind schon etwa bis 800 bis 900 Millionen Mark wieder getilgt.

Die Tilgungen würden noch höher gewesen sein, wenn man nicht seit Anfang der neunziger Jahre durch besondere Acts (Public building acts, naval, military works acts usw.) alljährlich 20, 40, 60, 80 bis 120 Millionen Mark Anleihen zu besonders bewilligten Zwecken, namentlich für große Hafenanlagen, militärische Bauten usw. — in Durchbrechung des allgemeinen Prinzips, alle Ausgaben aus laufenden Mitteln zu decken —, aufgenommen hätte. Diese Anleihen sind jedoch nicht durch Emission von Konsols, sondern bei Sparkassen usw. aufgenommen worden, im ganzen in Höhe von etwas über einer Milliarde Mark; sie werden in dreißig Jahren (durch Annuitäten) abgetragen, auch erscheint der Jahresdienst nicht auf dem allgemeinen Schuldenetat, sondern auf dem betreffenden Ressortetat, dessen Ausgaben dadurch erhöht werden. In der Zukunft wird dies Verfahren ganz aufgegeben und alles auf laufende Fonds übernommen. (Erklärung des Schatzsekretärs, jetzt Premiers Asquith bei Vorlegung des vorjährigen Budgets.)

Die französische Schuld weist seit 1879/80 folgende Veränderungen auf. (1 Fr. = 0,81 Mark):

1879/80	19,4 bis 20,2 Milliarden Mark
1890	25,1 " 25,9 " "
1895	24,7 " " "
1900	24,4 " " "
1905	24,8 " " "
1907	24,5 " " "

Eine Tilgungsfrist besteht nur bei der dreiprozentigen amortisablen Rente (kapitalisiert 2,9 Milliarden Mark) und bei einer Anzahl von Annuitäten (kapitalisiert 2,7 Milliarden Mark). Im ganzen wurden im letzten Jahrzehnt jährlich etwa 60 bis 70 Millionen Mark auf diese Weise getilgt. Von 1908 ab erhöht sich der Betrag auf etwa 80 Millionen Mark (infolge der vertraglich vorgesehenen Verstärkung der Tilgung der dreiprozentigen amortisablen Rente).

Während hiernach in England für die Zukunft von Jahr zu Jahr mit einer bedeutenden Schuldverminderung zu rechnen ist, und sich in Frankreich die Schuldsomme voraussichtlich in der Folgezeit wenigstens auf derselben Höhe halten dürfte, falls nicht Marokko zuviel verschlingen sollte, liegen die Verhältnisse, wie bekannt, in Deutschland weit ungünstiger.

Die bisherige Entwicklung in diesem Lande zeigt folgende Zahlenreihe:

1879/80	etwa 4,3 Milliarden Mark
1890	" 9,8 " "
1895	" 12,3 " "
1901*)	13,4 " "
1902	14,2 " "
1903	14,7 " "
1904	15,1 " "
1905	15,6 " "
1906	16,1 " "
1907**)	" 17 " "
1908	18,6—8 " "

Die Tilgung erfolgt in Preußen seit 1897, im Reiche seit 1908 (für dieses Jahr aber suspendiert) kraft Gesetzes mit 0,6 Prozent (drei Fünftel Prozent) der Reichs- und Staatsschuld, außerdem aus den Rechnungsüberschüssen. In Preußen ist die zuletzt genannte Tilgung jedoch infolge des Eisenbahnausgleichs-fonds-Gesetzes von 1903 illusorisch gemacht, wonach die Rechnungsüberschüsse zunächst in diesen Fonds fließen, bis er 200 Millionen besitzt (tatsächlich ist er fast ganz verbraucht). Im Reiche sind vorläufig Überschüsse nicht zu erwarten. Sind die Tilgungssummen in Preußen und im Reiche also sehr

*) Von hier ab bis 1906 Zahlen der Reichsfinanzstatistik. Bis dahin Zusammenstellungen nach The Statesman's Year Book.

***) Schätzungen.

gering.*) so ist andererseits eine weitere starke Schuldvermehrung nach der gegenwärtigen Lage der Finanzen und Schuldenpolitik mit Sicherheit voraus-
zusehen.

Im Jahre 1908 ist bisher rund eine Milliarde Mark Schulden neu aufgenommen worden. Dabei hat aber Preußen noch etwa eine Milliarde Mark, Sachsen noch 100 Millionen Mark unbegebene Kredite, auch das Reich hat noch solche in Höhe von 200 bis 300 Millionen Mark. Nach der Erklärung des Reichsschatzsekretärs ist in den nächsten Jahren ferner mit Sicherheit im außerordentlichen Etat etwa eine Milliarde Schuldenzunahme zu erwarten. In Preußen werden die Ausgestaltung des Sekundärbahnnetzes, vielleicht auch die Verstärkung der Betriebsmittel der Eisenbahnen alljährlich mehrere Hunderte von Millionen Mark notwendig machen, von einer Umwandlung einzelner Bahnstrecken in elektrischen Betrieb ganz zu schweigen. Wir werden hiernach bald die zwanzigste Milliarde Mark Schulden überschritten haben, uns immer mehr Frankreich nähern und uns immer weiter von England entfernen.

Das Bedenkliche einer solchen Entwicklung tritt namentlich hervor, wenn man die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen in Betracht zieht. Auch die auswärtige Politik wird in ihrer Bewegungsfreiheit dadurch beeinträchtigt.

Im Kriege wird erfahrungsgemäß der Emissionszins der Anleihen um einige Prozent erhöht. Da wir in Deutschland infolge unsrer Schuldlage genötigt gewesen sind, schon für sehr bedeutende Beträge zum vierprozentigen Typ überzugehen, während England nur zweieinhalb Prozent, Frankreich nur drei Prozent zahlt, so kann man daraus entnehmen, welchen Nachteil diese Unterschiede für eine bedeutendere Kapitalbeschaffung im Kriege für uns haben können. Als besonders ungünstig muß unter diesem Gesichtspunkt auch die Zusammensetzung unsrer Schuld angesehen werden.

England hatte vor dem Transvaalkrieg eine schwebende Schuld von nur etwa 162 Millionen Mark. Infolge des Krieges — der ja meist zunächst zu einer Vermehrung der schwebenden Schuld führt, weil diese es ermöglicht, die hohen Zinsätze bald wieder abzustößen — stieg die schwebende Schuld 1900 auf 322 Millionen Mark, 1901 auf 1,6 Milliarden Mark. Seitdem ist sie (bis 1907) auf eine Milliarde Mark gesunken, gegenwärtig dürfte sie nur 800 bis 900 Millionen Mark ausmachen und wird in den nächsten Jahren eine weitere Verminderung erfahren.

In Frankreich schwankt die schwebende Schuld schon seit Jahrzehnten zwischen 900 Millionen bis eine Milliarde Mark — es sind sowohl die obligations à court terme, die etwa unsern verzinslichen Schatzanweisungen

*) Auch die andern Bundesstaaten tilgen zum Teil wenig, namentlich Bayern. Besser liegen die Verhältnisse in andern Staaten. Nach der Reichsfinanzstatistik wurden 1906 von 15,8 Milliarden Gesamtschuld 79,7 Millionen Mark getilgt, das heißt 1,3 Prozent, wobei an dem hohen Prozentsatz namentlich die Hansestädte, Baden, Braunschweig und Sachsen beteiligt sind.

entsprechen, als die *bons du trésor*, die mehr unsern unverzinslichen Schatzanweisungen im Hinblick auf ihre Bestimmung ähneln, zur schwebenden Schuld gerechnet — sie hat aber die Eigentümlichkeit, daß sie zum großen Teil aus Forderungen der Sparkassen und Gemeinden an den Staat besteht, deren Rückforderungsrecht in Zeiten der Notlage zum Teil tatsächlich, zum Teil — bei den Sparkassen — gesetzlich eingeschränkt ist.

Weit ungünstiger liegen die Sachen gegenwärtig in Deutschland. Wir haben zunächst dreieinhalbprozentige Schatzanweisungen, mit Dauer von einigen Jahren, die zum Teil bald ablaufen, in Höhe von 160 Millionen Mark im Reiche und von 145 Millionen Mark in Preußen; dazu kommen je 200 Millionen vierprozentige Schatzanweisungen mit fünfjähriger Dauer von 1907 für Preußen und das Reich, endlich noch 200 Millionen vierprozentige Schatzanweisungen (ebenfalls mit fünfjähriger Dauer) für Preußen in diesem Jahre, zusammen 905 Millionen Mark. Dazu kommen nach der Reichsfinanzstatistik vom vorigen Jahre noch 42,5 Millionen Mark für andre Bundesstaaten; das ergibt zusammen rund 948 Millionen Mark. Dazu kommen dann noch die unverzinslichen Schatzanweisungen, die zur vorübergehenden Beschaffung von Betriebsfonds dienen und in diesem Jahre allein für das Reich im Maximum, das aber wohl oft erreicht werden dürfte, auf 475 Millionen normiert, in Preußen auf 100 Millionen Mark, wie in den Vorjahren, festgesetzt sind. In Württemberg beträgt die Höchstgrenze 12 Millionen, in Hessen 10 Millionen Mark. Man wird also diesen Teil der schwebenden Schuld auf etwa 600 bis 650 Millionen Mark rechnen können, was den enorm hohen Betrag von 1,6 Milliarden Mark schwebender Gesamtschuld ergibt, just die Höhe, auf die die schwebende Schuld Englands im Beginn des Transvaalkriegs stieg. Die hohe schwebende Schuld hat für den Kriegsfall den Nachteil, daß neu aufzunehmende Anleihen zuerst zu ihrer Deckung verwandt werden müssen, statt für Kriegszwecke verwandt werden zu können. Sie wirkt aber auch schon in Friedenszeiten auf den allgemeinen Geldmarkt ungünstig, da sie die Reichs-, Staats- und großen Privatbanken mit schwimmendem, nicht klassiertem Material belastet.

Die Hoffnung, unsre 900 Millionen verzinslichen Schatzanweisungen nach Ablauf aus laufenden Quellen, Rechnungsüberschüssen usw. decken zu können, besteht bei der jetzigen Finanzgebarung nicht, da etwaige preußische Überschüsse vom Eisenbahnausgleichs- und Eisenbahndispositionsfonds absorbiert werden, und da im Reiche Überschüsse nicht zu erwarten sind. Es sind also im Grunde nichts als hinausgeschobne fundierte Schulden, deren Aufnahme und Höhe aber sowohl im Hinblick auf finanzielle Kriegsbereitschaft als auf Belastung des offenen Geldmarkts Bedenken hervorrufen.

